

Grußwort des Landesvorsitzenden



Sehr geehrte Mitglieder, liebe Mitstreiter,

zunächst möchte ich mich bei unseren Kreisvorständen und Verantwortlichen vor Ort für ihren Einsatz in diesen für uns alle schwierigen Zeiten bedanken. Wir werden nicht jedes Problem lösen können, aber es ist wichtig, dass wir uns um jeden Mittelständler „kümmern“ und zu erkennen geben, dass wir auf allen Ebenen politisch für die Interessen des Mittelstandes kämpfen.

Dank auch an meine Mitstreiter im MIT-Präsidium und im Bundesvorstand. Wir treten hier geschlossen und engagiert auf und werden auch so wahrgenommen. Jetzt geht es darum, gemeinsam mit unserer Parteispitze ein zukunftsorientiertes Wahlprogramm zu erarbeiten. Dabei können und dürfen wir uns nicht ausschließlich auf das Thema Klimaschutz fokussieren. Es geht vor allem darum, wie wir die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie effektiv bekämpfen und den Mittelstand dabei unterstützen aus eigener Kraft wieder auf die Beine zu kommen. Für uns ist klar: Das geht nur mit Entlastung statt Belastung, Förderungen und weniger Bürokratismus.

Genauso wichtig ist aber, dass wir uns zu Wort melden, wenn es um die Aufstellung der Liste für den Deutschen Bundestag geht. Diese Liste muss auch ein „mittelstandspolitische Gesicht“ haben.

Franz Josef Pschierer, MdL
Staatsminister a.D.

Vorläufige Terminplanung für das Jahr 2021:

- 14. Mai 2021, 17:00—20:00 Uhr: Sitzung des Landesvorstands
- 16. Juli 2021, 14:00—17:00 Uhr: Sitzung des Landesvorstands
- 16. Juli 2021, 18:00—22:00 OPTION MU-Sommerempfang (Aholming)
- 26. September: Bundestagswahl
- 08. Oktober 2021, 17:00—20:00: Sitzung des Landesvorstands
- 03. Dezember 2021, 17:00—20:00 Uhr: Sitzung des Landesvorstands

Aus dem EU-Parlament



Neue Pflichten zur nachhaltigen Berichterstattung

Die EU-Kommission treibt ihre Pläne für ein nachhaltiges Finanzwesen und den Umbau hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft weiter voran. Dazu hat sie ein neues Paket vorgestellt, das aus einem Umsetzungsrechtsakt zur Taxonomie über nachhaltig Investitionen und Vorschriften zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen besteht.

Was ist das Ziel?

Mit der Taxonomie soll ein einheitliches und transparentes System zur Klassifizierung nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten geschaffen werden. Nur wenn Aktivitäten diese Kriterien erfüllen, gelten sie dann als nachhaltig. Mit der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung sollen Investoren mehr Informationen über Nachhaltigkeitskennziffern bei börsennotierten Unternehmen bekommen.

Ich meine, so wie die Kommission das Thema angeht, besteht die große Gefahr, dass sich die vielen einzelnen Puzzlestücke am Ende nicht zu einem schlüssigen Gesamtbild fügen und die Regeln für alle Beteiligten nicht mehr anwendbar sind. Die geplante Richtlinie zur nachhaltigen Berichterstattung kommt einem Schlag ins Gesicht des Mittelstands gleich. Das System ist unnötig komplex und zieht umfassende Berichtspflichten für den Mittelstand nach sich. Dabei ist eines klar: Berichtspflichten generieren Bürokratie, lösen aber keine Probleme.

Das Lieferkettengesetz steht noch nicht mal, da greift die Kommission mit der geplanten Richtlinie zur nachhaltigen Berichterstattung den zu erfüllenden Berichtspflichten in globalen Lieferketten bereits vor. Das Chaos perfekt macht dann die Beziehung der Richtlinie zur nachhaltigen Berichterstattung mit der EU-Taxonomie. Die Ausweitung der Vorschriften auf eine Vielzahl von Unternehmen im deutschen und europäischen Mittelstand, die von all dem noch nie etwas gehört haben, ist nahezu fahrlässig. Das nenne ich nachhaltig, nachhaltig bürokratisch! Anstatt sukzessive, sachlich und sauber ein Regelwerk auf die Beine zu stellen, überfordert die Kommission damit nicht nur jeden Mittelständler, sondern sicherlich auch den ein oder anderen langgedienten Unternehmensanalysten. Damit erweist die Kommission allen Betroffenen einen Bärendienst.

Das Thema wird im Europäischen Parlament kein Selbstläufer. An den Details entscheidet sich, ob die Taxonomie zum Motor oder zum Bremsklotz der nachhaltigen Entwicklung wird. Wenn dieser Schuss nicht sitzt, hat die Kommission der Sache einen Bärendienst erwiesen. Deswegen werden wir als Parlamentskreis Mittelstand alle Vorschläge aus dem Paket zur nachhaltigen Finanzierung bei den anstehenden Verhandlungen ganz genau unter die Lupe nehmen.

Sie möchten sich zu diesem Thema einbringen? Schreiben Sie mir: info@markus-ferber.de

Ihr Markus Ferber, MdEP

Aus dem Deutschen Bundestag



Liebe Mitglieder der Mittelstands-Union,

Gerade zum Ende der Legislaturperiode können wir im Finanz- und Steuerbereich noch wichtige Forderungen der MU-Bayern umsetzen und damit eine Stärkung des Mittelstandes vornehmen.

Bereits beschlossen wurde das Fondsstandortgesetz, mit dem wir Europäisches Recht umsetzen und für eine lange überfällige Entbürokratisierung und Flexibilisierung im Bereich der Fonds sorgen und unsere Start-Up Branche stärken. Dazu gehören unter anderem die Abschaffung zahlreicher Schriftformerfordernisse und mehr Flexibilität für Fondsverwalter bei Änderungen von Fondsregeln. Weiterhin wird die Umsatzsteuerbefreiung auf die Verwaltung von Wagniskapitalfonds ausgedehnt. Zusätzlich werden auch wichtige Änderungen bzw. Neuerungen zur Digitalisierung der Aufsicht und der Kommunikation mit der Aufsicht vorgenommen. All das stärkt nicht nur den Fonds-, sondern den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt. Bei der Besteuerung von Start-up-Mitarbeiterbeteiligungen haben wir einen ersten Fortschritt erreicht.

Im Moment werden zwei wichtige Gesetzentwürfe im parlamentarischen Verfahren behandelt: das ATAD-Umsetzungsgesetz und das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftssteuerrechts. Für eine Neuaufstellung unserer Unternehmenssteuern haben wir uns in dieser Wahlperiode mit Nachdruck eingesetzt, denn gute Steuerpolitik ist auch immer Standortpolitik, damit die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleibt. Insofern ist der durch das Bundesfinanzministerium auf Drängen der Union vor gelegte Gesetzesentwurf zu begrüßen. Leider fehlen in diesem Entwurf aber noch die dringend erforderlichen Verbesserungen bei der Begünstigung nicht entnommener Gewinne, die sogenannte Thesaurierungsbegünstigung. Mit der Umsetzung des steuerlichen Optionsmodells für Personenhandelsgesellschaften werden wir einen wichtigen Schritt zur rechtsformneutralen Besteuerung gehen. Damit werden wir die Möglichkeit schaffen, dass sich Personenhandelsgesellschaften wie Kapitalgesellschaften besteuern lassen können. Dies haben wir immer wieder gefordert und wir werden hier auch nicht locker lassen, weitere Verbesserungen für unsere Unternehmen durchzusetzen.

Ein weiteres wichtiges Gesetzgebungsverfahren ist das Tabaksteuermodernisierungsgesetz. Wir werden uns im parlamentarischen Verfahren genau ansehen, in welchem Verhältnis die geplante Steuererhöhung herkömmlicher Zigaretten zur geplanten Besteuerung von erhitztem Tabak und E-Liquids steht. Eine geringere Schädlichkeit muss sich meiner Meinung nach in der Besteuerungshöhe von Zigaretten und E-Zigaretten widerspiegeln, zumal bei den tabakfreien Erhitzungsprodukten vor allem mittelständische Unternehmen von einer unverhältnismäßig hohen Besteuerung betroffen wären. Ein Ausweichen der Konsumenten auf die schädlicheren Zigaretten oder eine Belebung des Schwarzmarktes und Schmuggels muss unbedingt verhindert werden. Wenn es zu Steueranpassungen kommt, dann müssen aus unserer Sicht die Mehreinnahmen aus der Tabaksteuer auch für die Gesundheitsprävention verwendet werden. Paradoxerweise hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz nämlich ausgerechnet diesen Etat im Haushalt drastisch gekürzt. Das darf nicht sein.

Abschließend dürfen wir Euch ganz herzlich danken für Euren unermüdlichen Einsatz für den Mittelstand. Wir müssen unbedingt die Reihen schließen und gemeinsam kämpfen für den Mittelstand, für den Erhalt unserer wirtschaftlich geprägten Strukturen. Wir wollen keine andere Republik. Deshalb lasst und gemeinsam anpacken und gewinnen.

Ihr

Sebastian Brehm, MdB
Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der
CSU im Bundestag

Alois Rainer, MdB
Verkehrspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Aus dem Bayerischen Landtag



Sehr geehrte Damen und Herren,

seit über einem Jahr stellt das Corona-Virus den Freistaat Bayern und die gesamte Welt vor große Herausforderungen. Angesichts leicht sinkender Infektionszahlen bei gleichzeitig steigenden Impfraten hat das Bayerische Kabinett in seiner Sitzung Lockerungen ab dem 6. Mai 2021 beschlossen. Eine gute Nachricht – vor allem auch für die Bayerische Wirtschaft.

Die geplanten Erleichterungen bei stabilen Inzidenzwerten für Außengastronomie, für Theater, Konzert- und Opernhäuser, Kinos und Sport machen Hoffnung. Auch touristische Angebote werden unter stabilen Voraussetzungen wieder zugelassen. Die Tourismusbranche ist ein Lebensnerv der bayerischen Wirtschaft und ist daher besonders schwer von den Corona-Maßnahmen betroffen. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wird ein Tourismusprogramm zur Überwindung der Folgen der Coronakrise und einem Neustart der Branche entwickeln. Dabei soll der Schwerpunkt des befristeten Programms auf der Modernisierung und Zukunftsfähigkeit der Branche liegen, insbesondere der Förderung von Investitionen in Barrierefreiheit, Digitalisierung und Ökologie.

Auch im Bund gibt es Verbesserungen: Unternehmen, die im Rahmen der Corona-Pandemie besonders schwer und über eine sehr lange Zeit von Schließungen betroffen sind, erhalten einen neuen zusätzlichen, gestaffelten Eigenkapitalzuschuss. Die Fixkostenerstattung der Überbrückungshilfe III für Unternehmen, die einen Umsatzeinbruch von mehr als 70 Prozent erleiden, wird auf bis zu 100 Prozent erhöht. Bisher wurden bis zu 90 Prozent der förderfähigen Fixkosten erstattet. Als CSU-Landtagsfraktion setzen wir uns weiterhin massiv dafür ein, dass die betroffenen Unternehmen und Betriebe die erforderlichen Hilfen erhalten, um die durch die Pandemie erlittenen finanziellen Defizite so weit als möglich zu kompensieren.

Der bayerische Kurs aus Vorsicht und Umsicht wird weiterhin fortgeführt – es ist der richtige Weg. Die Entwicklungen sind ein Lichtblick für den Sommer 2021 .

Mit freundlichen Grüßen



Sandro Kirchner, MdL

Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Pressemeldungen aus den Fraktionen:

Europäisches Parlament:

- [Industrie und Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitsplätze sichern](#)
- [Haushaltskontrollkapazitäten substantiell vergrößern](#)
- [Digitale und Nicht-Digitale Leistungen gleich besteuern](#)

Deutscher Bundestag:

- [Mehr Flexibilität bei der Saisonbeschäftigung](#)
- [Neue Regeln für Mobilfunkausbau und Glasfaserversorgung—“Weg in Richtung Gigabitgesellschaft”](#)
- [Mit dem Mietendeckel hat Rot-Rot-Grün Mietern und Vermietern Unrecht getan](#)

Bayerischer Landtag:

- [Wohnungsbau: CSU-Fraktion will Baulandmobilisierungsgesetz im Bundesrat stoppen](#)
- [Berufseinstiegsbegleitung: CSU-Fraktion sorgt für Fortsetzung der Förderung](#)
- [Kryptowährungen: CSU-Fraktion für stärkere Regulierungen](#)

Pressemeldungen der MU und der MIT:

- [10-Punkte-Plan zur Steuerpolitik: MIT fordert Steuerreform und bessere Verlustverrechnung](#)
- [Corona-Krise: Presseschau mit MIT-Forderungen](#)
- [Evidenz statt Inzidenz: MIT fordert Neuausrichtung der Corona-Politik](#)

Impressum:

Herausgeber: Mittelstands-Union, Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Sozialen Union e.V.
Vertreten durch den Landesgeschäftsführer Dipl. sc. pol. univ. Alexander Gropp
CSU-Landesleitung
Mies-van-der-Rohe Str. 1, 80807 München
mu-news@mu-bayern.de
www.mu-bayern.de
www.facebook.com/mittelstandsunion
Tel.: 089/1243 263